

## Rüstung runter, Profite runter, Löhne rauf!

Unter dem Motto der Gewerkschaften „Globalisierung gerecht gestalten“ haben am 1. Mai mehrere hunderttausend Menschen im Rahmen von rund 500 Veranstaltungen in ganz Deutschland für weltweite soziale Gerechtigkeit und gegen den drohenden Abbau des Sozialstaats demonstriert. In unserer Stadt war die Maikundgebung im Bürgerhaus, von hier demonstrierte man zum „Goldenen Apfel“ (Unser Foto). Dort gab es die Abschlusssveranstaltung.

Der 1. Mai 2002 fand in einer Atmosphäre zugespitzter Tarifausschreitungen statt. Die Gewerkschaften und mit ihnen die abhängig Beschäftigten haben in den vier Jahren Regierungszeit Rot-grün mit moderaten Lohnabschlüssen Vorleistungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit gebracht. Doch die Bundesregierung hat viel zu wenig getan, um auf dieser Grundlage wirklich entscheidend Arbeitslosigkeit abzubauen. Das Bündnis für Arbeit ist

gescheitert, der Kanzler kann sein vollmundiges Wahlversprechen nicht halten.

Auf vielen Kundgebungen gab es die Forderung: „Für Arbeitsplätze - gegen Kriegseinsätze!“ Auch auf der Kundgebung im Bürgerhaus wurde dieses Thema angesprochen. Anstatt die tiefgreifenden Probleme der Unterentwicklung und nicht hinzunehmender Lebensverhältnisse auf der Welt zu bekämpfen, die Ursachen des Terrorismus sind, soll nach dem Willen der ökonomisch und politisch Mächtigen, die BRD dabei sein, wenn es darum geht Rohstoff- und Absatzmärkte für das Kapital zu sichern. Wir brauchen Arbeitsplätze und keine Kriegseinsätze.

Über 7 Millionen Menschen sind arbeitslos, über 4 Millionen Menschen sind als arbeitssuchend registriert. Über 3 Millionen Sozialhilfeempfänger und zunehmende Kinderarmut, über 1 Million Obdachlose, mit einer zunehmenden Anzahl von Straßenkindern, das

ist trotz Glanz, voller Kaufhäuser und wachsendem Reichtum die Situation in diesem Land. Massenarbeitslosigkeit und Armut bleiben eines der bedrückendsten Probleme in dieser reichen BRD. Doch statt die Verursacher und Nutznießer der Arbeitslosigkeit, die Unternehmer, zur Verantwortung zu ziehen, sollen Arbeitslose für die Vermittlung von Arbeitsplätze bezahlen, sollen Arbeitslosengelder gekürzt und Arbeitslosenhilfe gestrichen werden. Statt die Arbeitslosigkeit zu verringern, verringerte diese Bundesregierung die Unternehmersteuer. Statt Sozialausgaben zu erhöhen, werden neue Waffensysteme gekauft.

Wir fordern keine Steuergelder für Eurofighter und Airbus, sondern öffentliche Investitionen für neue Arbeitsplätze.

Wir fordern die gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Personal- und Lohnausgleich und die Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer.



## Umverteilung von oben nach unten

Trotz seit Jahren sinkender Löhne und mäßiger Lohnforderungen der Gewerkschaften propagieren die Unternehmer, wie vor jeder Tarifrunde, ein Szenario des Untergangs der deutschen „Marktwirtschaft“. Doch ihre Gewinne sind erneut gestiegen. Mit immer neuen Forderungen, wie Einführung von Niedriglöhnen, Abschaffung des Kündigungsschutzes, Streichung der Arbeitslosenhilfe und „Flexibilisierung“ des Tarifvertragsgesetzes sollen die über Generationen erkämpften Arbeits- und Sozialrechte zerschlagen werden. Mit immer weiter vorangetriebenen Unternehmensausgliederungen und Verlagerungen, der unterschiedlichen Bezahlung zwischen Ost- und Westdeutschland, zwischen Männer und Frauen, sollen die Beschäftigten zersplittert und am gemeinsamen Handeln für ihre Interessen gehindert werden. Gemeinsam sind wir gefordert für eine Umverteilung von Oben nach Unten zu kämpfen.

## Gesundheit für alle, nicht nur für Reiche

Nachdem die SPD/Grüne Bundesregierung die Rentenversicherung zu Gunsten der Investment- und Versicherungsgesellschaften privatisiert hat soll nun auch das Gesundheitswesen in selber Form „reformiert“ werden. Die Mär von einer Kostenexplosion soll erhalten für die Zerschlagung und Privatisierung der zweiten Säule unseres Sozialversicherungssystems. Eine Zwei-Klassen-Medizin existiert und wird weiter entwickelt. Die Folge sind weitere Belastungen für die abhängige Beschäftigten, weitere Entlastungen für Unternehmer und steigende Profite der Pharmaindustrie. Dem System von Macht und Profit im Gesundheitswesen wird damit Tür und Tor geöffnet. Doch Gesundheitsversorgung ist keine Dienstleistung, sondern ein Menschenrecht. Verhindern wir, dass das Recht auf Gesundheit dem Profit der Pharmakonzerne untergeordnet wird. Beenden wir den wachsenden Sozialabbau.



## Polizei: Helm ab zum Gebet!

*In Frankfurt blockierten Antifaschisten sechs Stunden lang bei strömendem Regen die geplante Demonstrierstrecke der Neonazis. Die ersten hatten im Stadtteil in einer Gemeinde übermachtet und waren schon kurz nach fünf Uhr auf der Straße. Zu Beginn eines ökumenischen Gottesdienstes auf dem Kundgebungsplatz riefen die Antifaschisten die Polizisten auf der anderen Seite der Barrikade auf, ihre Helme abzulegen – und diese folgten der Aufforderung. Die Nazis mussten sich derweil langwierigen Durchsuchungen unterziehen, Beschlagnahmen von faschistischen Emblemen und Waffen erfolgten, schließlich mussten sie nach gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei ihre Aufmarschpläne aufgeben und unverrichteter Dinge abziehen. Hans-Christoph Stoodt, Pfarrer und Sprecher der Antifa-Koordination, betonte bei der Abschlusskundgebung: „Wenn wir in der Vielfalt und Breite wie heute gegen Nazis mobilisieren und wenn es politisch gewollt ist, schützt die Polizei das Demonstrationsrecht der Antifaschisten. Wir haben es heute geschafft, dass Frankfurt kein Platz für Nazis ist. Das muss und wird auch zukünftig gelingen.“ Insgesamt waren in Frankfurt/Main rund 10.000 Menschen dem Aufruf der Gewerkschaften gefolgt, am 1. Mai die Stärke der Gewerkschaftsbewegung zu demonstrieren. Insbesondere die IG Metall hatte zur Teilnahme an den Antifa-Aktionen aufgerufen, außerdem hatten die katholischen und evangelischen Kirchen und der Stadtjugendring stark mobilisiert. Auf der DGB-Kundgebung – als Hauptredner sprach Kollege Wiesehügel von der IG BAU zur aktuellen Tarifaufeinandersetzung – stand der Widerstand gegen alte und neue Nazis im Vordergrund, insbesondere bei Peter Gingold, der starken Applaus für seinen Appell zum Antifaschismus erhielt.*

## Krieg und Leichen, für den Profit der Reichen



**John Heartfield machte diese Fotomontage 1932. Sie bleibt aktuell. Ein amerikanischer Professor wurde dieser Tage gefragt: „Warum will Bush den Irak angreifen?“ Seine Antwort: „Der Irak schwimmt auf Öl!“**

# GEMEINSAM GEGEN DEN FLUGHAFENAUSBAU



Die Bürgerinitiativen gegen den Flughafenausbau machten einen Radkorsor zum Flughafen. 1000 Teilnehmer waren dabei. Die Fraktion der DKP/OL Mörleiden-Walldorf war vollständig vertreten.

## Immer nur Abholzen im Sinn

Unabhängig von jeder Ausbauarvariante sollen im Süden des Flughafens erneut 104 Hektar Wald, davon 88 Hektar Bannwald, im Zuge des Flughafenausbaus gefällt werden. Die Fraport benötige diese Flächen für Stellplätze und Rollwege. Inwieweit dieses große Waldstück, immerhin die Größe von 190 Fußballfeldern, auch für das geplante Terminal 3 von Bedeutung ist, ist noch unklar. Die Pläne für die geplante Rodung liegen bereits seit einiger Zeit auf dem Tisch. Dennoch sind sie von der Öffentlichkeit bislang wenig beachtet worden.

## Fraport bestätigt bis zu 800.000 Flugbewegungen

Der Erörterungstermin zum Ausbau des Frankfurter Flughafens endete mit einer handfesten Überraschung. Fraport bestätigte, dass die geplante Nordwestvariante eine deutlich höhere Kapazität des Flughafens ermöglicht, als in den Raumordnungsunterlagen ausgewiesen wird.

Man kann sicher sein, wenn eine Kapazität von 800.000 Flugbewegungen möglich ist, dann wird sie auch genutzt. (Im Jahr 2000 wurde der bisherige Maximalwert der Flugbewegungen mit ca. 460.000 im Jahr erreicht.)

Nach wie vor weigert sich zudem die Fraport, die politisch versprochene nächtliche Flugpause von 23.00 bis 5.00 Uhr rechtsverbindlich in das Genehmigungsverfahren einzuführen.

Die Praxis des „guten Nachbarn“ Fraport - „nicht alles zugeben, verschleiern, verschweigen und täuschen“ - wird also fortgesetzt.



## Eines Tages passiert es doch . . .

Sonntag, 14. 4. 2002, 14:30 Uhr. Eine Galaxy versucht über die Startbahn West zu starten. Es wird ein Fehlstart. Mit riesigen Getöse schaffte sie es noch vor dem Ende der Startbahn zum Stehen zu kommen, drehte auf der Bahn, fuhr um 16.13 Uhr langsam zurück Richtung Flughafen.

Viele Diskussionen bei den Beobachtern der Szene. Allgemeine Meinung: Eines Tages passiert es doch noch . . .

Höchste Zeit, dass die militärische Nutzung des Frankfurter Flughafens beendet wird.

## DKP/OL beantragte Mobilfunk-Kataster

Zum Antrag sagte der Fraktionssprecher der DKP/Offene Liste:

„Das Thema Mobilfunksendeanlagen und Mobilfunkkataster ist nicht nur aktuell, sondern es bewegt in vielen Städten und Gemeinden – auch in unserem Landkreis – die Menschen und ist Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Es vergeht kein Tag, an dem nicht in Presse, Funk oder Fernsehen darüber berichtet wird. Hintergrund ist die erwartete erhebliche Ausdehnung stärkerer Sendeanlagen (in Hessen sollen bis zu 2000 Anlagen neu errichtet werden), die zudem in den Wohngebieten in Liffasssäulen oder als Kreuze getarnt auf Kirchen Platz finden.

Viele Menschen befürchten gesundheitliche Beeinträchtigungen durch davon ausgehende Strahlung, vor allem auch eine Bedrohung ihrer Kinder. Sie wollen wissen, wo solche Anlagen in Betrieb und wo weitere geplant sind. Einige Kommunen und Kreise haben diesbezüglich bereits Beschlüsse gefasst, dem Kreistag Groß-Gerau liegt ein Antrag der PDS/Offene Liste vor, einen Mobilfunk-Kataster zu erstellen. Bedenken des Datenschutzes wegen fehlender Rechtsgrundlagen mögen begründet sein, sind aber u.E. nicht ausreichend, um Untätigkeit zu begründen.

Das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf körperliche Unversehrtheit erscheint uns allemal das höhere Rechtsgut. Die Anbieter haben mehrfach öffentlich die Bereitschaft erklärt auch die Kommunen über die Standorte und technischen Daten zu informieren. Hier sollten wir sie beim Wort nehmen.

Jeder Beschluß, den das Stadtparlament fasst, steht unter dem „Rechtsvorbehalt“ und es ist dem Magistrat anheimgestellt, dies zu prüfen, bevor er an die Ausführung geht. Wir gehen davon aus, dass der Bürgermeister dies jederzeit umfassend tut.

Aber das Parlament sollte im Interesse der Bürgerinnen und Bürger beschließen und einen Handlungsauftrag erteilen.

Dass in der Sache Handlungsbedarf besteht unterstreicht nicht zuletzt, dass gerade heute der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen May in der Presse eine Initiative im Landtag angekündigt hat. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.“

*Leider fand unser Antrag dieses Mal keine Mehrheit: SPD/FDP und CDU stimmten dagegen. Wir kommen darauf zurück.*

## Kinder- und Jugendforum in unserer Stadt

Bald gibt es ein Kinder- und Jugendforum in Mörfelden-Walldorf. Es gibt einen Beschluß in der Stadtverordnetenversammlung, wir hoffen, dass es sich gut entwickelt.

Das Jugendforum, gesetzlich gefordert, soll den jungen Menschen, zwischen 14 und 21 Jahren die Gelegenheit bieten das örtliche Leben mitzugestalten. Es wird ein Plenum geben, Arbeitsgruppen und einen Jugendrat.

Sprecherinnen oder Sprecher des Jugendforums können auch in der Stadtverordnetenversammlung ihre Meinung sagen. Vor allem dafür hat sich die Fraktion der DKP/OL stark gemacht.

Im Parlament sprach dazu die DKP/OL-Stadtverordnete Angela Kolbe. Sie sagte u.a.:

„... Die Errichtung eines Kinder- und Jugendforums ist neben der Schaffung des Jugend- und Kulturcafés ein weiterer, und recht großer, Schritt in Sachen Jugendpolitik und Jugendförderung. ... Die Jugendlichen hier im Parlament sprechen zu lassen ist ein deutliches Zeichen, daß wir ihre Interessen ernst nehmen, daß wir es für wichtig halten, daß sie Gehör finden.

Außerdem kann es dieser Veranstaltung hier nicht schaden, wenn wir mal die Meinung gesagt bekommen, was Jugendliche interessiert, worauf es ihnen ankommt, und dass auch noch in einer Sprache, die Jugendliche wirklich sprechen, und die vielleicht für manch einen hier ungewohnt ist.

Mit 18 gehen viele noch zur Schule, vor dem Gesetz gilt man mit 21 noch als Heranwachsender, mit 18 fangen viele erst an sich für Politik zu interessieren und sich für ihre Interessen stark zu machen. Mit 18 ist man zwar volljährig, aber nicht in jedem Fall erwachsen, d.h. man interessiert sich auch noch für andere Dinge, andere Themen, als „die Erwachsenen“. Und gerade darum geht es, die Jugendlichen sollen im Kinder- und Jugendforum die Möglichkeit haben sich projektbezogen an Themen zu beteiligen, die sie interessieren.“

## Post aus Wiesbaden

Die DKP/OL-Fraktion brachte zu den Haushaltsberatungen im Februar eine Resolution „Lernen nach Pisa“ ein. Hintergrund war die Pisa-Studie, die dem deutschen Bildungssystem keine guten Noten ausstellte. Wir forderten in der Resolution mehr Mittel im Kindergarten und schulischen Bereich. Die Mängel in Bezug auf Personal, sächliche und räumliche Voraussetzungen sollten schnellstens beseitigt werden. Die hiesigen CDU-Vertreter konnten sich dieser Resolution nicht anschließen. Sie argumentierten, dass doch schon so viel für die Kinder gemacht würde. Lehrer seien eingestellt worden ... Also alles in Ordnung!

Ministerpräsident Koch attestierte in einem Brief der Stadt „hervorragende Verantwortung für den Kindertagesstättenbereich“. Koch: „die Einbeziehung der Kitas in die frühzeitige Bildungsförderung und den Abbau von sprachlichen Defiziten insbesondere von Kindern nichtdeutscher Eltern gilt jetzt unsere besondere Aufmerksamkeit“.

Leider hat Koch nichts ausgeführt zur notwendigen finanziellen Hilfe für die Kommunen, zur Verbesserung der Situation in den Kitas, Kinderkrippen und -horten. Kein Wort zur Gruppenstärke in diesen Einrichtungen und in den Schulen. Auch unter einer CDU/FDP-Regierung in Wiesbaden sind Bildungsaufgaben Stiefkinder. Und mit der Wahrheit nimmt es der Landeschef eh nicht so genau. rd



## Gerd Schulmeyer Direktkandidat zur Bundestagswahl

Gerd Schulmeyer, Fraktions-  
sprecher der DKP/OL in Mörfel-  
den-Walldorf, wurde in Rüs-  
selsheim einstimmig zum PDS-  
Direktkandidaten des Kreises  
gewählt.

Den Widerstand gegen den  
Flughafenausbau benannte der  
50jährige Schulmeyer als ein  
wesentliches Thema.  
Wichtig sei es: Sozialabbau zu  
stoppen und Arbeitsplätze zu  
schaffen.

Bei der Rüstung und den Profi-  
ten zu kürzen sei wichtiger als  
den „kleinen Leuten“ immer  
mehr Geld aus der Tasche zu  
ziehen, meinte Gerd Schulmeye-  
er.

Mike Ladwig, Rüsselsheimer  
Kandidat der PDS-Landesliste,  
nannte es eine glückliche Kon-  
stellation mit Gerd Schulmeyer  
einen in Mörfelden verankerten  
Kandidaten zu haben, der die  
Sprache des Volkes spre-  
che und bei der Kreistagswahl  
die zweitmeisten Stimmen der  
PDS/OL erreicht hatte.

Im Wahlkampfteam sind neben  
dem neuen Kreisvorsitzenden  
Uwe Pröpper und seinem Stell-  
vertreter Mike Ladwig, Rudi  
Hechler (Kreistagsabgeordneter)  
und Hagen Helbig (Kreis-  
schatzmeister).



*Der Bahnhof Mörfelden. Was für eine Verwahrlosung. Seit Jahren geht es hier  
bergab. Die Bahn AG hat alles verkommen lassen. Menschen die ankommen  
oder wegfahren sind angeekelt. Das Wort „Service“, ein Fremdwort. Oft sind auch  
noch die Lautsprecher kaputt. Aber Schnellzüge rauschen mit 140 Sachen durch  
den Bahnhof. Man muß sich wundern, dass so wenig passiert ist.*

*Die Bahn hat andere Interessen! Profitinteressen! Kleine Bahnhöfe wie der in  
Mörfelden kommen da nicht mehr vor.*

## Gehört das Bahnhofsgebäude jetzt bald der Stadt?

In der April-Sitzung überraschte der  
Bürgermeister die Stadtverordneten-  
versammlung mit der Mitteilung, der  
Ankauf des Mörfelder Bahnhofs und  
einiger Grundstücksflächen der Bahn  
durch die Stadt stehe unmittelbar be-  
vor.

Mal abgesehen davon, dass die Bahn  
AG schon öfter binnen weniger Wo-  
chen völlig neue Pläne präsentierte:  
Das wäre mal eine gute Nachricht.

Jetzt sollte aber auch zügig geplant  
und umgesetzt werden, was für diesen  
Bereich schon lange im Gespräch ist.  
Das könnte auch ein Beitrag gegen  
den zunehmenden Vandalismus sein,  
der sich hier seit längerem breit macht,  
weil die Bahn alles verkommen lässt.



... die schon wieder

*Herzlichen Dank allen, die für den Erhalt dieser Zeitung spenden!  
Jeder Euro hilft dem »blickpunkt«!*

*Unser Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau  
Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553*



## Viel Geld für den Regionalpark

Als Ausgleich für die grenzenlose Ausplünderung der Natur – sei es mit Flughafen, Verkehrswegen, Kiesabbau oder Industrieansiedlung – wurde der „Regionalpark“ erfunden. Die Idee: die noch vorhandenen Rudimente von Natur sollen für den Menschen erlebbar, nutzbar werden. Per Fahrrad oder zu Fuß sollen die Ökoinseln erreicht werden, dabei soll Spaß und Erlebnis im Vordergrund stehen. So ist im Naturschutzgebiet Mönchbruch der Holzturm entstanden. Sicher damit die Flugzeuge noch besser zu hören und zu sehen sind . . .

Jüngst stellte ein Landschaftsarchitekt das Wegstück vom Vitrollesring bis Waldrand südlich der Walldorfer Ortsgrenze vor. Dort befindet sich jetzt ein Gehweg (auch für Radler). Seitlich wachsen Bäume und Sträucher. Das ist alles nicht schön genug. Der Weg wird neu angelegt, andere Bäume und Sträucher, eine Sitzgruppe etc. machen den Weg in Zukunft attraktiver. Die Sprache verschlägt es einem wenn man den Preis von 126.000 Euro hört. Das wird bezahlt aus der Kasse des Regionalparks. Diese wird gespeist durch Spenden (Neudeutsch: Sponsoring). Allen voran die Fraport. Sie hat sicher das schlechteste Gewissen in Sachen Ökologie; möchte somit sich und uns ein Trostpflaster aufdrücken. Es gibt keinen asphaltierten Radweg nach Zeppelinheim/Frankfurt, oder nach Langen, oder nach Egelsbach, oder nach Gräfenhausen . . .

Wäre das viele Geld nicht besser dort angelegt?  
R.D.



*Das „Mörfelder Spiel“ - langsam wird es zu einer Institution. Die zweite Folge wird gerade im Heimatmuseum gezeigt. Es gibt wieder zahlreiche Aufführungen. Karten müssen wie immer vorbestellt werden.*

*Die Schauspielerinnen und Schauspieler: Kinder und Erwachsene „aus am Ort“. Zwischen den Szenen spielt ein Ensemble auf historischen Instrumenten Stücke von Telemann und anderen Komponisten. Es gibt Rotwein, Brezeln und viel zu Erzählen nach den Aufführungen.*

*Viele können mit „Museumspädagogik“ nichts anfangen. Das „Mörfelder Spiel“ kann man unter diesen Begriff stellen. Darsteller und Zuschauer lernen etwas über die Geschichte der Gemeinde über das Leben ihrer Vorfahren.*

*Gratulation an die „treibende Kraft“ Cornelia Rühlig und an alle Mitwirkende.*

## Dauerbrenner Mönchbruch

Der Förderverein „Umwelt- und Kulturzentrum Jagdschloss Mönchbruche.V.“ hatte zur Jahreshauptversammlung geladen.

Wichtigstes Thema: Realisierung eines „Naturschutzzentrums Mönchbruch“. Da die Verhandlungen mit dem Besitzer und Hotelier der Mönchbruchmühle bisher keinen Erfolg hatten, verfolgte der Vereinsvorstand einen Neubau neben dem Jagdschloss im Naturschutzgebiet. Vorarbeit hatte er schon geleistet in vielen Gesprächen mit Ministerien, Umweltverbänden und etwai- gen Sponsoren. Ein Architektenteam stellte eine Skizze des künftigen Naturschutzzentrums vor. Eine lebhaftere Diskussion über einen Neubau überhaupt, über den Standort des Zentrums, die Art und Form des Gebäudes begann. Eigentliches Ziel des Fördervereins war es, das historische Jagdschloss zu erhalten. Ein weiteres Ziel: Kunst und Kultur in diesem Gebäudeensemble erlebbar zu machen. Und als drittes wichtiges Thema ist der Schutz der

Natur. Dazu gehört die Aufklärung und das direkte Erleben der Umwelt. Durch einen Neubau wird das erste Ziel aus den Augen verloren.

Herr Grothe, der Besitzer des Jagdschlusses, war an diesem Abend zugegen und klagte über die Denkmalschutzbehörde, die mit immer neuen und unmöglichen Forderungen und Richtlinien sein Streben nach Sanierung und Errichten eines Hotels torpedierte. „Heute stehe ich da wo ich vor dreieinhalb Jahren stand.“ Mangewann den Eindruck, dass auch der Bauherr ein schwieriger Verhandlungspartner ist. Dieser Eindruck verstärkte sich, wenn man weiß wie lange und zäh sich die Verhandlungen mit dem Förderverein hinziehen. Und bis heute kein Ergebnis zeitig genug haben.

Man kann nur hoffen, dass eine Lösung gefunden wird bevor das alte und marode Schloss von selbst zusammen fällt.

Der Vorstand – das beschlossen die Mitglieder einstimmig – ist aufgefordert die Aktion zur Errichtung eines Naturschutzzentrums im Jagdschloss nicht aus den Augen zu verlieren. R.D.

**Willkommen  
auf den  
Web-Seiten  
der DKP  
Mörfelden-Walldorf  
www.dkp-mw.de**

**Wir freuen  
uns auf  
Ihren Besuch!**



Es war der 1. Mai 1955, als die Jugendgruppe der Naturfreunde Mörfelden ihre Lieder nochmals kurz probte, die sie anschließend auf der Bühne des Volkshauses zur Maifeier vortrug. Angesichts drohender Wiederaufrüstung - der Aufbau der Bundeswehr begann am 5. Mai 1955 - wurden Lieder gegen den Krieg, gegen die von der Mehrheit des deutschen Volkes abgelehnte Remilitarisierung und für den Frieden gesungen. Es waren Lieder wie „Landsknecht laß die Trommel ruhen“, oder „Kinder der Arbeit“, in dem es heißt: „Jenen, die Waffen zum Kriege uns schmieden, singet ein trotziges Nein!“. Wie alte Fotos belegen lauteten damals die Losungen: „Gegen Rekrutierung der Jugend“, „Gegen EVG-Vertrag und Atomwaffen“, „Gegen Kapitalismus und Militarismus“, „Für 40 Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich“. Die Jugend demonstrierte, auch in Mörfelden, mit Umhängeschildern die Texte trugen wie: „Lehrstellen statt Wehrstellen, Wohnungen statt Kasernen“, „Wir wollen keine Soldaten sein, Adenauer geh du allein“ und auch heute noch aktuell „Wir kämpfen nicht für fremde Interessen!“



Auf dem Foto sind vorne u. a. zu erkennen, von links: Maja Schaffner, Luise Meffert, Waltraud Schaffner, Hans Kolb, daneben Lorenz Pons, Käthe Dammel, Oswald Denk, Ernst Hechler, Herbert Schmidt, Kurt Kohn und Heinz Hechler.

## LINKE RUNDE

Das Diskussionsforum der DKP Mörfelden-Walldorf plant wieder eine Reihe von Veranstaltungen bei denen alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen sind. Wir bitten jetzt schon Termine vorzumerken.

Dienstag, 28. Mai, 20 Uhr, Vereinsraum Goldener Apfel  
„**Bestimmen Krieg und Terror des neue Jahrtausend?**“  
mit Dr. Ellen Weber

Weitere Themen der Linken Runde sind in Planung:  
„Die Entwicklung des Neoliberalismus in Europa – Europa neu gestalten“  
„Globalisierung und die Entwicklungsländer – die Ungleichheit wächst“  
„Pisa und wie weiter?“

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Der deht sich liewer  
e Loch ins Knie  
bohrn,  
als dass er was  
erausrigge deht.